

RÜCKBLICK WINTERSESSION

In der Wintersession der eidgenössischen Räte wurden die nachfolgenden Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte behandelt / neu eingereicht:

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

[Motion 25.4721](#) «Wuchermieten stoppen!»

- **Eingereicht** durch Ständerat Carlo Sommaruga, SP GE
- **Worum es geht:** Das geltende Mietrecht soll konsequenter durchgesetzt werden, insbesondere die Vorgaben zur Kostenmiete und zur zulässigen Rendite.
- **Forderung der Motion:** Die Motion fordert vom Bundesrat, das Mietrecht so anzupassen, dass die Mietzinse gemäss einer periodischen Revisionspflicht (wie bei der AHV, Mehrwertsteuer und Gewinnsteuer) automatisch und periodisch überprüft werden.
- **Position VIS:** Der VIS lehnt diese Motion ab.

[Postulat 25.4712](#) «Mehr Wohnraum durch erleichtertes Bauen im Bestand – Innenentwicklung wirksam stärken und beschleunigen»

- **Eingereicht** durch Nationalrat Beat Flach, glp AG
- **Worum es geht:** Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und weiteren betroffenen Akteuren eine Übersicht zu erarbeiten, wie das Bauen im Bestand (Umbauten, Aufstockungen, Umnutzungen) gegenüber Ersatzneubauten gezielt gestärkt werden und damit einen wirksameren Beitrag zur Innenentwicklung und zur Entschärfung der Wohnungsknappheit leisten kann.
- **Position VIS:** Der VIS begrüsst die Erarbeitung eines solchen Berichts.

Entscheide während der Wintersession

[Geschäft des Bundesrats 23.047](#) «Kartellgesetz (KG). Änderung»

- **Worum es geht:** Der Bundesrat hat am 24. Mai 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Kartellgesetzes verabschiedet. Die Revision soll die Wirksamkeit des Kartellgesetzes verbessern. Dazu wird die Zusammenschlusskontrolle modernisiert, das Kartellzivilrecht gestärkt und das Widerspruchsverfahren verbessert. Zudem werden mehrere parlamentarische Vorstösse umgesetzt.
- **Stand der Beratung:** Die Räte haben die verbleibenden Differenzen bereinigt. Künftig gilt: Die Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung wird einzelfallweise in einer Gesamtbeurteilung anhand qualitativer Elemente in Form von Erfahrungswerten und quantitativer Elemente in Form von den konkreten Umständen auf dem relevanten Markt geprüft (Art. 5 1bis).
- **Position VIS:** Der VIS begrüsst diesen Entscheid.

[Geschäft des Bundesrates 23.086](#) «Investitionsprüfgesetz»

- **Worum es geht:** Mit Einführung eines Investitionsprüfgesetzes – gegen den Willen des Bundesrates – sollen Übernahmen von inländischen Unternehmen durch ausländische Investoren verhindert werden können, wenn solche Übernahmen die öffentliche Ordnung und/oder Sicherheit der Schweiz gefährden. Ausländische Investitionen unterstehen neu einer Genehmigungspflicht.
- **Stand der Beratung:**
 - Der Nationalrat hätte die Kontrolle auf nichtstaatliche Investoren ausweiten wollen.

- National- und Ständerat haben sich nun darauf geeinigt, dass nur Übernahmen durch ausländische staatliche Investoren geprüft werden und das Geschäft in der Wintersession definitiv verabschiedet.
- **Position VIS:** Seit Beginn der Beratungen spricht sich der VIS klar gegen Investitionskontrollen aus. Die Kontrollen verursachen hohe administrative Kosten für die öffentliche Hand und die Wirtschaft. Es gibt genügend gesetzliche Grundlagen und Mechanismen, um den Schutz der öffentlichen Ordnung und die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten. Der VIS begrüsst den Entscheid, zumindest wieder auf das schlankere Modell der Investitionsprüfung des Ständerats einzuschwenken und die viel zu weit gefassten Vorschläge des Nationalrates abzulehnen.

Motion 25.3972 und Motion 25.3973 «Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren und missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren»

- **Eingereicht** durch Ständerätin Andrea Gmür-Schöneberger, Mitte LU
- **Worum es geht:** Zu viele Bauprojekte scheitern heute an langwierigen und aufwändigen Verfahren. Bis eine Baubewilligung gesprochen wird, vergehen Jahre und Einsprachen blockieren die Sanierung oder Erneuerung ganzer Quartiere.
- **Forderung der Motion:** Die Motion 25.3972 fordert vom Bundesrat richtigerweise eine Präzisierung der Einsprachemöglichkeiten bei Bau- und Raumplanungsverfahren. Damit soll sichergestellt werden, dass lediglich jene Personen zur Einsprache berechtigt sein sollen, welche durch ein Projekt tatsächlich direkt und besonders betroffen sind – und damit ein schutzwürdiges Interesse nachweisen können. Die Motion 25.3973 fordert gesetzliche Grundlagen, damit missbräuchliche Einsprachen sanktioniert werden können. Damit soll unter anderem erreicht werden, dass Einsprachen nicht für die Durchsetzung ungebührlicher privater Vorteile genutzt werden.
- **Stand der Beratung:** Während der Wintersession vom Ständerat angenommen und zur Vorberatung an die zuständige nationalrätliche Kommission überwiesen.
- **Position VIS:** Der VIS begrüsst die beiden Motionen.

Geschäft des Bundesrates 24.095 «Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung der Behebung von Gebäudeschäden bei Erdbeben. Bundesbeschluss»

- **Worum es geht:** Die Gesetzesänderung schafft die Grundlage, dass der Bund im Fall eines schweren Erdbebens von Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümern einen einmaligen, zweckgebundenen Beitrag zur Finanzierung der Behebung von Gebäudeschäden erheben kann. (Eventualverpflichtung)
- **Stand der Beratung:**
 - Der Ständerat hat die Versicherungslösung des Bundesrates abgelehnt.
 - Das Geschäft wird im Q1 2026 von Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK-N beraten.
- **Position VIS:** Der VIS spricht sich gegen eine Eventualverpflichtung aus – unter anderem deshalb, weil es sich um ein privatwirtschaftlich vollständig versicherbares Risiko handelt. Die Verantwortung der Hauseigentümer auf die Allgemeinheit zu übertragen, setzt Fehlanreize und reduziert fälschlicherweise die Eigenverantwortung.

Glossar

- Ein **Postulat** beauftragt den Bundesrat zu prüfen und zu berichten, ob ein Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorgelegt oder eine Massnahme getroffen werden muss.
- Mit einer **Motion** gibt das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, einen Entwurf zu einem Erlass dem Parlament vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.
- **Geschäfte des Bundesrates** sind Botschaften und Berichte des Bundesrates, welche dem Parlament unterbreitet werden. Mit einer Botschaft kann der Bundesrat dem Parlament beispielsweise mehrere Erlassentwürfe vorlegen.